

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Redaktions-Konto: Hannover 47618
Eisenbahn-Konto: Essen 24171

Der Abonnementspreis beträgt durch Voten oder durch die Post bezogen monatlich 150 Mark
Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen



Verantwortlich für den Inhalt: Carl Schüb, Bochum, Truf. v. Kammann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Biemelhauser Straße 38-42

Telefon-Nummern: 88, 89, 98
Telegraph: Arbeiter-Verband-Bochum

Der Kampf der neuen Großmacht.

Der Krieg an der Ruhr ist ein eigenartiges, bis jetzt in dieser Form und in diesem Umfang noch nicht beobachtetes Schauspiel. Eine Armee mit allem modernen Kriegsgerät fällt in unbesetztes Land ein, angeblich, um ein paar Tausend Tonnen Kohlen mehr zu holen. Eisenbahner, die bisher widerstandslos die Lüge gefahren haben, die Reparationskohlen nach Frankreich brachten, Kreuzen die Arme, weigern sich, den Franzosen zu helfen, weigern sich, sie in die Schwierigkeiten des komplizierten Verkehrswezens im Ruhrgebiet einzuwöhnen. Vergleiche, die im Ueber-sichten gefordert haben, um ihrem Lande etwas von der Reparationskohle zu erlangen, weigern sich, unter Bajonetten der Franzosen zu arbeiten.

Und Wochen hindurch steht der Militarismus ohnmächtig vor dieser friedlichen Abwehr! Brutaler werden seine Mittel, brutaler wird die Verfolgung der Widerständigen, aber er wird erkennen müssen, wie wahr Otto Hue gesprochen hat, als er in Spa sagte, daß die neue Großmacht Arbeit, sich anschieße, auf den Schauplatz zu treten und für den Frieden der Welt zu kämpfen.

Heute steht diese Großmacht Arbeit im Kampf mit den Mächten der Vergangenheit mit Militarismus und Imperialismus. Nicht mehr die Völker kämpfen gegeneinander, sondern ein Volk gegen ein Meer, ohne daß dieser Kampf im Volk des Meeres den Wahnsinn, die Verbeugung auslöst, wie wir das im Kriege der Völker erlebten. Die Gewerkschaften und sozialistischen Parteien Belgiens und Frankreichs sprühen nicht Raub gegen unser Volk, sie verlangen von uns oft zugestandene gerechte Wiedergutmachung, aber sie empören sich gegen das Unrecht, gegen die Methoden der Gewalt, die ihre Machthaber anwenden. Und über die Kreise der Arbeiter hinaus regen sich in Frankreich die Stimmen der Vernunft, einzeln zwar noch, aber sie regen sich. Ist es nicht ein Vorgang von symptomatischer Bedeutung, wenn in den Tagen des Krieges an der Ruhr der deutsche Sozialdemokrat Breitscheid in der Pariser Zeitschrift "Europe Nouvelle" von Philippe Millet den Standpunkt der deutschen Sozialdemokraten zur Ruhrbesetzung darlegen kann? Breitscheid betont in diesem Artikel mit Recht und mit Nachdruck, daß die deutsche Arbeiterklasse nicht blind ist für die Sünden der deutschen Großindustrie, der Finanz- und Agrarier, aber daß sie weiter geht (was für die Gewerkschaften Deutschlands ebenso gilt):

"All dies zugegeben, aber die deutsche Sozialdemokratie konnte in der Frage der Ruhrbesetzung keine wesentlich andere Stellung annehmen als die Reichsregierung. Sie betrachtet die Besetzung als eine Vergewaltigung des Rechts, gegen die sie sich wenden muß. Sie lehnt es aber ab, sich der Waffengewalt zu unterwerfen. Wir sehen durchaus ein, daß die große Mehrheit des französischen Volkes aufrichtig davon überzeugt ist, daß die von Herrn Poincaré ergriffenen Maßnahmen Frankreich die Summen einbringen werden, die dessen Volkswirtschaft unbedingt benötigt. Aber diese Erkenntnis vermag nicht, uns dazu zu bewegen, eine Politik durch irgendeine Konzession zu fördern, die wir für absolut falsch halten."

Breitscheid weist sodann auf die annexionistischen Gelüste einflussreicher französischer Kreise hin, die in dem berüchtigten Bericht des Abg. Darlac zum Ausdruck gekommen sind und die die jegliche militärische Kraftentfaltung an der Ruhr in einem besonderen Lichte erscheinen lassen:

"Der deutsche Sozialdemokrat kämpft gegen den deutschen Kapitalismus; aber er vertritt nicht geringere Energie die Ausbehnungsbestrebungen des französischen Kapitalismus. Und der deutsche Bergarbeiter, der sich weigern würde, unter der Kontrolle deutscher Militärs zu arbeiten, empört sich noch weit mehr gegen jeden Einmarsch französischer Bajonette in das eigene Wirtschaftsleben."

Millet's Erwiderung auf Breitscheid's Ausführungen ist sehr schwach, sie zeigt, wie schwer die Verständigung mit weiten Kreisen Frankreichs noch ist, aber die Tatsache, daß nicht nur Breitscheid auf französische Sozialistenorgane sprechen, sondern auch in einer angesehenen Pariser Zeitschrift in diesen Tagen schreiben konnte, läßt die Möglichkeit notwendiger Verständigung doch nicht mehr so ganz hoffnungslos erscheinen.

Wie aus den internationalen Rundebungen, die wir veröffentlichten, ersichtlich ist, wird der Kampf an der Ruhr von der internationalen Arbeiterkraft, Impulsivisch beurteilt. Am schärfsten wird das französische Vorgehen in einer Interpellation gekennzeichnet, die die deutschen Sozialdemokraten in der Tschechoslowakei im Parlament eingebracht haben. Darin heißt es:

"Die französische Regierung hat unter Verstoß des Völkerrechts und Verletzung des Versailles Friedensvertrages verfügt, daß das Deutschland gehörige Ruhrgebiet militärisch besetzt wird. Diese Maßnahme soll dem Zweck dienen, Reparationen zu erhalten. Die Arbeiterkraft des Ruhrgebiets wendet sich begrifflicher Weise dagegen, unter militärischer Aufsicht zu arbeiten. Die Bevölkerung des Ruhrgebiets hat eine ungeheure Erregung erfaßt. Verschleppung von Personen und zahlreiche andere Gewalttaten werden täglich in diesem Gebiete von den Besatzungsbataillonen verübt. Mit leidenschaftlicher Erregung verfolgt insbesondere die deutsche Bevölkerung in der tschechoslowakischen Republik diese verhängnisvollen Vorgänge, die Martern, die an dem durch den Versailles Diktatfrieden niedergedrückten Deutschland verübt werden. Die deutsche Arbeiterkraft in der tschechoslowakischen Republik steht mit ihren herzlichsten Sympathien an der Seite ihrer Brüder in Deutschland, die als die eigentlichen Opfer des Krieges und des Gewaltsfriedens in tiefstem Elend gestochen werden."

Aus solchen Rundebungen ersehen unsere Kameraden, wie außerdeutsche Arbeiter ihren Kampf beurteilen. So wenig wir Veranlassung haben, die Klagengegenstände im eigenen Lande zu verbergen oder abzuschwächen, so notwendig ist doch dieser Kampf gegen den französischen Imperialismus. Der gedankensloßen Probe: Die Arbeiter haben kein Vaterland, dürfen wir nicht verfallen. Wir haben ein Land

mit gemeinsamer Geschichte, Sprache und Kultur, das wir zum Vaterland aller Armen in Deutschland machen wollen. Deutschland ist nicht umsonst das Land der stärksten sozialistischen Bewegung, das Land großer Gewerkschaftsorganisationen, hervorragender Sozialreform. Wollten wir diese Erfolge jahrzehntelanger Klassenkämpfe zerschlagen, dann müßten wir dem französischen Kapitalismus helfen, sein Bündnis mit den deutschen Industriegruppen abzuschließen. Dann aber Adiktudentag, aber sozialpolitischer Fortschritt. Dann wäre die Kampfkraft der deutschen Arbeiterkraft gebrochen, und ihre Bedrückung würde so groß werden wie nie zuvor!

Weil wir das nicht wollen, führen wir den Kampf gegen die französische Gewalt, solange die deutsche Regierung zweckentsprechende Mittel wählt, solange sie zu Verhandlungen bereit ist und solange sie den Hunger fernhält von den kämpfenden!

Je ruhiger und besonnener die Bevölkerung des Ruhrgebiets, je würdiger sie Provokationen der Leistung abweist, desto größer die Aussicht des Erfolges im Kampf der Arbeit gegen Imperialismus und Militarismus!

Aber die Feinde im eigenen Lande darf die Arbeiterklasse nicht vergessen! Ein Feind ist die Profitgier, die trotz größten Volkselektros Gold aus dem Hunger präp. Wenn ihn arbeiten die Vertretungen der Arbeiterkraft mit Päßigkeit, wenn bis jetzt der Erfolg auch noch nicht so ist wie sie ihn wünschen. Tag für Tag, Stunde für Stunde wird um Verbesserung auf diesem Gebiet gerungen, und wir hoffen auf die Einsicht der maßgebenden Kreise daß der Hunger der gefährlichste Bundesgenosse der Franzosen wäre!

Ein anderer Feind ist der Chauvinismus, die nationalistische Sekkpropaganda! Es ist kein Wunder wenn der Weizen dieser Leute blüht. Reparationen will Poincaré haben, wie er sagt, dabei vernichtet er systematisch die wirtschaftliche Macht der deutschen Arbeiterkraft gegen militärische Angriffe

Deutschlands erstrebt er, wie er sagt. Dabei ist nichts geeigneter, Völkerverhaß zu säen, als seine Methode. Deutschland ist mehrlos, der übergroße Teil seiner Bevölkerung ist friedliebend und denkt nicht an den Wahnsinn, den passiven Widerstand an der Ruhr in gewalttätigen Widerstand zu verwandeln. Aber eine Gruppe von Verrückten, wie Gehele sie im Reichstag nannte, denkt daran. Gegen diese Bestrebungen führt die politische und gewerkschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse einen erbitterten Kampf. Gerade in diesen Fragen lassen sie der Reichsregierung keinen Zweifel daran, daß es eine einzige Abwehrfront nicht geben kann, wenn die Reichsregierung nicht die Forderungen Zeverings erfüllt, mit allen Mitteln diese Drogengefahr zu unterdrücken. Entweder fügt sich die Reichsregierung, was wir von ihrer Einsicht hoffen, oder sie trägt die Verantwortung für die Folgen. Wir lassen uns das Ruhrgebiet nicht durch deutsche Drogengefahr zum Kriegsgebiet machen.

Aber unsere Arbeiter müssen sich in Wort und Tat gegen die Gewaltanbeter stellen! Täglich und stündlich müssen sie gegen nationalistische Provokationen auftreten. Und nicht nur gegen diese, sondern auch gegen die kommunistischen Provokationen zum Bürgerkrieg. Die Kommunisten wollen proletarische Abwehrhundertausenden, weil sie hoffen, daß wieder Verwunden des wütenden Durcheinanders kommen, in denen es möglich sein werde, aus neue die Gewalt an sich zu reißen. Jeder der fernde Kreier im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland muß sich über den Wahnsinn solcher Gewaltpolitik klar sein und auch gegen diesen Feind einer gefühlvollen Abwehr müssen unsere Kameraden ihre Pflicht und Schlußfähigkeit tun. Wiederhaltung jeder Drogengefahr, aber auch Ablehnung jeder Gewaltpolitik von links, das ist Voraussetzung für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse gegen fremdländischen Imperialismus!

Bergbaufragen vor dem Landtagsauschuß.

Verstärkte Unfallverhütung im Bergbau.

Die entsetzlichen Unfälle im ober-schlesischen Bergbau geben Veranlassung bei der Beratung des Vergeates des preussischen Landtags die Grubenarbeit zu besprechen. Die Anklage der unersetzten Kameraden Franz und die Antwort des Ministeriumsbürokraten haben wir in der letzten Nummer mitgeteilt. Das Ergebnis der Debatte fand kein Niederstich in den beiden folgenden, einstimmig angenommenen sozialdemokratischen Anträgen:

"Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, der Heranbildung eines Monopols auf dem Gebiete der Herstellung von Rettungs- und Wiederbelebungsgeschäften entgegenzutreten.

Erzeugung von Konkurrenz beherrschender Monopolformen, die sich behaupten, dürfen weder in fiskalischen Betrieben ausgeübt werden, noch dürfen sie mit Hilfe staatlicher Autorität in ihrem Wettbewerb innerhalb der privaten Betriebe beeinträchtigt werden."

"Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, in Anbetracht der sich häufenden Massenunfälle im ober-schlesischen Kohlenrevier

1. die Verwendung von Sprengstoffen soweit zu begrenzen, daß besondere Gefahren für die im Betrieb beschäftigten Personen ausgeschlossen werden;
2. für die Verwendung von Benzinlokomotiven Polizeiverordnungen zu erlassen, die größere Gefahren für den Betrieb und die in ihm beschäftigten Personen ausschließen;
3. im Verordnungswege die Einführung von Gesteinsausfressern anzuordnen;
4. die geltenden bergpolizeilichen Vorschriften nachzuprüfen und erforderlichenfalls zu verschärfen."

Die Kommunisten hatten einen Antrag eingebracht, der jedem einzelnen Mitglied einer Grubenarbeitskommission das Recht zur jederzeitigen unangemeldeten Befahrung geben wollte. Die Kommissionen sollten ferner bei Uebertretungen selbständig Abwehrmaßnahmen anordnen und Strafen festsetzen, sie sollten ferner Strafverordnungen einleiten und selbst Anklagen einleiten können. Es sollen ihnen dabei alle Rechtsmittel zustehen, die nach der Strafprozessordnung den Staatsanwälten zustehen.

Diese Anträge sind, auch wenn man sie für berechtigt halten wollte, in Preußen unzulässig. Weil Grubenarbeitskommissionen und Strafprozessordnungen Reichsgesetze sind, die man nicht durch ein preussisches Gesetz außer Kraft setzen kann. Aber das über die Kommunisten wenig. Die Sachlage ist, daß sie durch Verletzung ihrer Anträge in Versammlungen "kewellen" können, was sie alles für den Bergarbeiterkampf tun.

Auch der Afa-Bund beschäftigte sich in einer besonderen Konferenz mit den Unfallsfällen und ihrer Verhütung. Am 11. Februar fand in Gleiwitz (Oberschlesien) eine Versammlung der Vertrauensmänner der dortigen Schachtlöhner statt, soweit sie dem Afa-Bund angeschlossen sind. U. a. wurden auch die Sicherheitsverbände im dortigen Bergbau besprochen. Im Anschluß an die Aussprache wurde eine Besondere Kommission angenommen, deren Bedeutung voll gewürdigt wird wenn man daran denkt, daß sie von denen Beamten angenommen worden ist, die auf Grund der Verordnungsverordnung die Verantwortung für die Sicherheit in den Betrieben tragen müssen. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

"Die am 11. Februar 1923 in Gleiwitz versammelten Vertrauensmänner des Afa-Bundes, die Vertreter der technischen Angehörigen und Beamten des Bergbaus in Ost- und Oberschlesien, bedauern die in ihrem Bezirk in der letzten Zeit vorgekommenen schweren Grubenunfälle aufs tiefe.

Sie sind der Meinung, daß die Sicherheitszustände im gesamten ober-schlesischen Bergbau so bedauerliche und so ungenügende sind, wie sie seit Jahren

des dortigen Bergbaus, d. h. seit mehr als 100 Jahren, wohl noch nie bestanden haben. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, verlangen sie vom preussischen Landtag und dem preussischen Handelsministerium eine Untersuchung unter Heranziehung der in dieser Vertrauensmännerversammlung gewählten Kommission.

Sie erwarten von den Bergarbeitern sowie allen Kreisen des deutschen Volkes, daß sie nicht nur bei der Aufführung der sicherheitswidrigen Zustände unterstüht werden, sondern daß man sie auch vor Maßregelungen schützt, die ihnen über auf Grund dieser ihrer Stellungnahme drohen."

In dieser Veranlassung ist eine Kommission gebildet worden, die sich aus neun Funktionären des Bundes der technischen Angestellten und Beamten zusammensetzt.

Die Veranlassung wandte sich an den Minister für Handel und Gewerbe, mit dieser Kommission einen kleinen Kreis von Fachleuten eine Aussprache herbeizuführen, um sie von den Fragen Kenntnis zu erhalten, die die Sicherheit gefährden, und um sie über die Maßnahmen schärflich zu werden, die zur Abwehr notwendig sind.

Besonders ist, daß die Kommission besonders für notwendig hielt, den Minister um Schutz gegen Maßregelung für diejenigen Angestellten zu ersuchen, die sich für die Abstellung von Grubenmischständen einsetzen

Gegen die wahnwitzigen Holz- und Eisenpreise.

Im Hauptauschuß des preussischen Landtages wurde zum Vergeat der folgende sozialdemokratische Antrag angenommen:

"Die Entwicklung der Kohlenpreise ist für die weitesten wirtschaftlichen Kreise und die Gesamtbevölkerung seit geraumer Zeit Gegenstand lebhafter Kritik, obwohl ihre Festsetzung durch die Zusammenwirkung der Erzeuger, der Verbraucher und der Arbeiter und Angestellten des Bergbaus und der verbrauchenden Wirtschaftskreise erfolgt.

Die Kohlenpreise werden aufs stärkste beeinflusst durch die Holz-, Eisen- und Zementpreise, die erheblich stärker als die im Kohlenpreis zum Ausdruck kommenden Arbeitslöhne in Erhöhung treten.

Um die Materialkosten für den Kohlenbergbau und damit den Kohlenpreis in erträglichen Grenzen zu halten, ist unbedingt erforderlich, daß insbesondere die Grubenholz- und Eisenpreise in Grenzen bleiben, die den Lebensinteressen der Gesamtwirtschaft gerecht werden. Die Grubenholzpreise, die seit geraumer Zeit über dem Weltmarktpreis stehen, dürfen ohne Gefährdung der Wirtschaft weder aus finanzialistischen noch aus egoistischen privatwirtschaftlichen Interessen heraus künstlich hochgepreizt werden unter Ausnutzung des im Inland bestehenden Grubenholzmangels und der mangelnden Zufuhr aus dem Ausland.

Die Eisenpreise dürfen nicht einseitig nach dem Valutakurs nur teilweise notwendiger ausländischer Erze festgelegt werden.

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird im Interesse der deutschen Wirtschaft ersucht, der Entwicklung der Grubenholz- und Eisenpreise ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen und erforderlichenfalls mit allen Mitteln der wirtschaftslehrenden Entwicklung derselben entgegenzutreten."

Die Vertreter aus dem Unternehmerlager, Volksparteiler wie Deutschnationale, stimmten in Beurteilung der hohen Holzpreise, die wie Eisen über dem Weltmarktpreis stehen, zu, indem sie besonders auch den preussischen Fiskus mit verantwortlich machen, daß er diese Preisbildung zuläßt und ihr nicht durch billigere Holzabgabe aus dem Staatsforsten entgegenwirkt. Wir wären durchaus damit einverstanden, wenn der Fiskus eine solche preislenkende Politik triebe. Aber dann muß man auch dafür sorgen, daß bei dem Willkürbesitz im preussischen Staatsforsthaushalt der Ausfall auf andere Weise herbeigeführt wird. Voran steht aber! Seit Jahr und Tag kommt eine ansehnliche Grundsteuer, die mit ständlicher Feuerlicher Verdrängung agrarischer Kreise aufkommt, nicht zustande. Aber die Sache hat noch eine andere Seite: Interessen aus Industrie und Handel treiben absichtlich die Holzpreise in die Höhe!

Es ist schon einige Zeit her, als Grubenholz im Ruhrgebiet verachtet 60 000-90 000 Mk. kostete, heute kostet es weit über das Doppelte, als der "Holzmarkt", das offizielle Organ des deutschen Holzhandels,

einen Marktartikel über den Preiswahn auf dem Gebiet des Grubenholzhandels. Das Blatt sagte in seinem Nummer vom 13. und 17. November 1922, es sei kein Grubenholzmangel vorhanden, das Holz liege nur nicht dort, wo es gebraucht werde, in den Kohlenbezirken, sondern in umgehenden Mengen, die den Bedarf der Bezüge auf viele Monate decken, auf den Bahnlagerplätzen und im Wa.de zur Verfügung der Holzhandler! Doch lassen wir das Blatt selbst sprechen. Es schreibt: „Es ist ja ein nichtiger und das mit aller Deutlichkeit auszudrücken, wenn man auch diese Behauptungen nicht durch eine Statistik belegen kann. Die im Augenblick der Zusammenstellung und Zusammenfassung notwendigerweise schon wieder veraltet wäre, denn das Grubenholz ist in ständiger Bewegung in Form von Gütern und Abgängen. Wer kann alle diese Güter zu ihrer Aufmachung in der Lage werden, gut zu haben mitarbeiten zu können, so würde sich erweisen, daß ein Grubenholzmangel nicht besteht, höchstens eine ungenügende Vorratshaltung, wenn man den Standpunkt vertritt, daß die einzelne Holzfirma zur Abdeckung ihrer Lieferverpflichtungen auf ein halbes Jahr oder vielleicht gar auf ein ganzes Jahr hinaus Holzbedürfnis hinreichend haben muß.“

Für den November ist ein Grubenholzpreis von 18 000 M. Grubenholzpreis von den rheinisch-westfälischen Bezirken und dem dortigen Grubenholzhändler festgestellt worden. Kaum ist dieser Grubenholzpreis vereinbart worden, so ist in diesem Ausmaß gestiegen, hat der rheinisch-westfälische Grubenholzhändler den Holzpreis auf etwa die dreifache Höhe getrieben; wohlwollenden den Waldpreis, 600 Kometer und noch mehr entfernt von dem Gebrauchsgebiet, so daß das Grubenholz frei dort, wenn man die in der ersten Novemberhälfte getriebenen Preise zugrunde legt, sich ungefähr auf das Dreifache des Holzpreises stellt. Woher nimmt der Grubenholzhändler den Mut zu solchem Vorgehen? Woher nimmt er den Mut zu solcher Verantwortung; denn unbedeutend ist eine richtige weitere Verteuerung der Kohle mit Ansetzung solcher Grubenholzpreise verbunden. Man darf doch wohl ohne weiteres behaupten, daß kein Grubenholzmangel vorliegt, bei den Holzlieferungen an die Kohlenzeiger in Dürst und Sunde von Millionen zu zulegen, denn um solche Summen handelt es sich, wenn man im November-Jahrespreis für Grubenholz und die Waldpreislösung der gleichen Zeit gegenüberstellt. Wo bleibt es mit dem Preis, der Erklärung übrig als der Gedanke: Wenn die Holzpreise mit Grubenholz so knapp gehalten werden, daß sie sich auf dem Holzmarkt finden werden, so wird sich schon den neuesten Kohlenpreisen anbequemen und die Grubenholzpreise so hoch herausziehen, daß sie mit den Phosphorpreisen die einleitendste Grubenholzhändler im Wa.de ohne jeden Zwang anlegt, harmonisieren. Das ist der Schlüssel der ganzen Grubenholzhändler auf den Reden, und wir sprechen das rund heraus. Man rechnet sich offenbar heraus, daß man mit der Schaffung solcher übertrieben in die Höhe gehobener Grubenholzpreise die fast bei allen Grubenholzfirmen vorhandenen kolossalen Lagerbestände, die über ganz Deutschland verteilt liegen, zugleich höher bewertet. Es ist schon richtig, daß diese im allgemeinen als Steigerungswinn bezeichneten Reden empfangen durch aus nicht immer Steigerungswinn sind, sondern bei richtiger Disposition und Geldverwertung sehr reale Gewinne darstellen. Selbst wenn der große Abdrück kommt — und einmal kommt er sicher —, dann fällt es der Wirtschaft natürlich immer noch viel leichter aus als der kleine Mann mit seinen lumpigen paar Millionen, die heute kaum noch ein Wort zu tun sind.

Es muß auch immer wieder daran erinnert werden, daß dieses Hochziehen der Grubenholzpreise durch eine Anzahl Grubenholzfürmer eine unglückliche Rücksichtslosigkeit gegen die Allgemeinheit der Holzwirtschaft ist. Welche Fortentwicklung wird, wenn das Grubenholz zwischen 20 000 und 60 000 M. von Grubenholzfürmern geliefert wird, etwa noch unter diesem Preise verkaufen wollen, und was wird und soll für Startholz bezahlt werden wenn Grubenholz sich in solchen Höhenhöhen bewegt? Das Papierholz, das Brennholz folgen unbedeutend nach, das ist unermesslich, und alles das wird sich schon in der ersten Märzperiode in Bewegung gesetzt. Es wird eine Verteuerung durch dieses Vorgehen herbeigeführt, die überhaupt keine Grenzen mehr kennt. So kann nicht weiter gewartet werden, die notwendige Folge wird sonst sein, daß eine Zwangswirtschaft eingeführt wird, wenn der Grubenholzhändler nicht allerwärts seinen Vermarktung findet. Sein Vorgehen in den letzten Wochen treibt geradezu zur Zwangswirtschaft, die wie keinweges herbeizuführen, sondern verhindern, wie sie sich noch niemals auf irgend welchem Gebiete bewährt hat. Aber wenn die Zwangswirtschaft infolge wäre, weitere derartige Ergebnisse zu verhindern die Preise auf eine vernünftige und der Selbstverwertung entsprechende Grundlage herunterzusetzen, so wäre sie nur zu begrüßen.

Es ist überhaupt nicht auszubedenken, welche Kostenpreise wir erzielen sollen, wenn die Bezüge durch Anknappung mit Grubenholz gezwungen werden, Kostenpreise zu zahlen, die mit der Berücksichtigung beim Grubenholzeinkauf im Wa.de harmonisieren. Das kann die deutsche Wirtschaft nicht tragen, und das deutsche Volk erit recht nicht! Eine kleine Gruppe hat nicht das Recht, derartigen Preis durch In die Höhe treiben der Preise an der Allgemeinheit zu bringen, denn es ist ein Spiel auf Tod und Leben des ganzen Volks- und Wirtschaftsbereichs. Treibt der Grubenholzhändler die Sache auf die Spitze, so wird er sich nicht wundern dürfen wenn Maßregeln getroffen werden, die ihm ganz gewiß nicht angenehm sein werden. Schließlich kann die ganze Kohlenwirtschaft nicht von einer Mißwirtschaft des Grubenholzhandels abhängig gemacht werden, es gibt da doch noch höhere Gesichtspunkte, die nur der Grubenholzhändler, wie es scheint, nicht verstehen will. Es muß eine sofortige Umkehr auf diesem unglücklichen unbedeutenden Wege stattfinden, sonst ist nicht abzusehen, welche Folgen eintreten!

Der „Deutsche Förster“ fügt diesem Auszug hinzu: „So weit der Holzmarkt“ dem selbst der Grubenholzhändler nicht Antipathie und Segnerhaft gegen seine Interessen wird er erkennen wollen. Die vom Holzmarkt“ sehr richtig gekannte Angst in Gruben haben die Grubenholzhändler zu einer teilweise „ganz entzogen“ Spekulationslust entlockt — aber wie soll man es anders nennen, wenn so gut wie sämtliche Vertreter der Grubenholzhändler bei den Besprechungen mit Telegrammen ihrer Häuser erscheinen, in denen sie Anweisungen erhalten, auf jeden Fall Höchstbietender zu bleiben?“

Zu diesen Holzwucherern gehören außer Spezialfirmen für Holzhandel auch verarbeitende Grubenholzfürmer, wie Sineses usw., die sich eine eigene Grubenholzverarbeitung angeschafft oder sich Holzfirmen angeschliffen haben. Diese Konzerne machen einen doppelten Profit, einmal in ihrer billigen Versorgung, dann aber, weil die wahren Grubenholzpreise der Holzpreisberechnung bei den Kohlenpreisen zugrunde gelegt werden! Hier handelt es sich um unbedeutende Mißhandlungen, denen unter allen Umständen zu Leibe gerückt werden muß! Bei der Beratung des Landwirtschafsausschusses und Bergesetz wird das von unseren Kameraden gezeichnet und man wird dann leben, wer für energiegeladene Maßnahmen zu haben ist. Natürlich ist das für manche Bezirke ein bremsendes Kapitel. Das zeigt u. a. auch der Umstand, daß der folgende sozialdemokratische Antrag zum Vergeltet von den Bürgerlichen im Hauptauschuß abgelehnt wurde:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß

1. bei den Festsetzungen zu den Kohlen- und Holzpreisen die aus den feststehenden zu erwartenden Materialpreiserhöhungen im Gegenfah zur Abgeltung der Verteuerung in der Holzwirtschaft, die sich nachtraglich ergibt, nicht im Voraus abgezogen werden;
2. die infolge der Verteuerung mit ihrer Kostensteigerung und neuerdings durch die Holzpreiserhöhung erforderliche Kohlenpreise in billiger Hand zusammenzuführen und zu verbilligen.

Es ist unerträglich, daß auch das aus der Not der Zeit heraus notwendige Kohleneinkaufsgeschäft Privaten überlassen bleiben soll! Im Landtag wie im Reichstag werden unsere Freunde bagegen Sturm laufen müssen.

Die menschenfreundlichen Kommunisten.

Man nimmt es einer Oppositionspartei nicht übel, wenn sie im Fortschritt und im Antagonismus im Parlament etwas fruchtbarer ist als die andere Parteien, die ein Stück der Verantwortung mit tragen. Die Arbeiter auch keine Verantwortung uns mit den Kommunisten im Reichstagen Landtag zu befechtigen, wenn nicht voraussehen wäre, daß die Angriffe von Sozialisten und Genossen auch in der gemäßigtesten Agitation eine Rolle spielen werden. Deshalb wollen wir hier ihre agitatorische Methode und ihre geistigbetreffende und technische Unmöglichkeit kurz beleuchten.

Um ihr Herz für die armen Leute zu zeigen, beantragen die Kommunisten bei der Beratung des Berggesetzes im Hauptauschuß des Reichstags u. a. folgendes:

- Der Landtag wolle beschließen:
Das Staatsministerium wird ersucht:

1. die in den staatlichen Kohlengruben gewonnene Hausbrandkohle an Sozial- und Kleinrentner, an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, an Erwerbslose und Erwerbsbeschädigte, an Hinterbliebene Familien mit an Empfänger von Armenunterstützung unentgeltlich, oder je nach den Bezügen zum Preise bis höchstens 500 M. pro Zentner abzugeben;
2. allen Arbeitern, Angestellten und Beamten, deren Einkommen unter dem Existenzminimum liegt, die in den staatlichen Gruben gewonnene Hausbrandkohle je nach der Einkommenshöhe zu 500—1000 M. pro Zentner zu liefern;
3. den Säugern, Krankenschwestern, gemeinnützigen Heil- und Erholungsanstalten, Kinderheimen und ähnlichen Anstalten die in staatlichen Gruben gewonnene Hausbrandkohle je nach der jeweiligen Lage der Anstalt unentgeltlich oder zu einem Preise bis zu höchstens 50 M. pro Zentner abzugeben;
4. bei der Verteilung ein Gesetz zu erwirken, das den Verbrauch der Lieferung von Hausbrand in der unter 1—3 geordneten Weise zum Pflicht macht. Werke, die sich weigern, dieser Verpflichtung nachzukommen, sollen entschädigungslos dem Staate übergeben werden;
5. durch Gesetz den aus der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenenschaft herborgegangenen Konsumausfällen die durch Abnutzung und Uebernutzung der Maschinen unter I und II zu übertragen;
6. das Stollen- und das Umschlagergesetz für Preußen ab 1. März 1923 außer Kraft zu setzen mit der Maßgabe, daß die von den Kommunisten erforderten oder noch nicht abgeführten Steuern sofort mit einem dem gesunkenen Geldwert entsprechenden Ausschlag bei den Steuerstellen eingezahlt werden;
7. je nach dem Einfluß im Reichskohlenverband zur Verhinderung der wahlmännigen Kohlenpolitik auszusuchen.

Den Anträgen steht die Agitation zu mache an der Stirn geschrieben. In welchem Umfang sollen die Staatsgruben Hausbrandkohle an die hier. Soldaten liefern? In der Gemeinde, in der sie liegen oder darüber hinaus in die Provinz oder das Land? Wie sollen die Staatsgruben den Anfall am Preis tragen, der circa 1500 M. Markt pro Zentner beträgt?

Auch unsere Kameraden, die als Sozialdemokraten dem Preussischen Landtag angehören, haben des letzten Antrags auf billigere Hausbrandkohlelieferung für Arbeiterkreise gedacht. Sie haben das aber nicht tun können in der Form wie die Kommunisten, sondern in der Einwirkung auf Erarbeitung der Kohlensteuer. Den Kommunisten muß es natürlich kein Kopfweh machen, daß es sich hier um Reichsgesetze handelt, sie fordern einfach: Preußen macht das Gesetz, wo es den Reichstag gegenübert natürlich hat den Reiz!

Auch den reichsgesetzlich geregelten Steuerabzug wollen die Kommunisten auf solche Art für Preußen beibehalten deshalb fordern sie:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, durch Gesetz für Preußen im gesamten Berg-, Stollen- und Seilbahnwesen die Steuerabzug bei Lohn- und Gehaltsempfängern vom nächsten Zahlungseinkommen an zu untersagen.

Auch das ist natürlich ganz unmöglich, da man Reichsgesetze nicht durch preussische Gesetze aufheben kann.

Auch den Sozialisten und Sozialrentnern wollen die Kommunisten auf solche einfache Weise helfen, deshalb beantragen sie:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, durch ein Gesetz zu erläßendes Gesetz für Preußen zu beschließen:

1. Das Krankengeld, die Unfall-, Invaliden- und Altersrenten im Berg-, Stollen- und Seilbahnwesen werden auf die volle Höhe der Leistungen heraufgehoben, die den Rentempfangern vor Eintritt der Rentpflicht zustehen; diese sind lautrecht mit den Tariflohn in Uebereinstimmung zu halten.
2. Die sozialen Beiträge sind ausschließlich dem Unternehmer zu zahlen.
3. Die Anwartschaftsrente werden durch die Anwartschaftsmitglieder jedes Sperrjahrs gewählt und müssen sich jährlich zur Neuwahl stellen.
4. Die Bergarbeiter sind nach 20-jähriger Tätigkeit in den Ruhestand zu setzen.

Die diese Renten zum Teil auf Reichsgesetzen beruhen, ist das Verfahren der Kommunisten natürlich einfach lächerlich. Auch die Schickung der Bergleute kann, nach dem die Arbeiter seit reichsgesetzlich geregelt ist, nicht durch preussische Gesetz anders geregelt werden. Trotzdem beantragen die Kommunisten:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, durch Gesetz für Preußen die Sechstundensarbeit für alle Untertagearbeiter einzuführen.

In diesen Betriebspunkten (25 Grad Celsius oder mehr) darf die Sechstunde nur vier Stunden betragen.

Die Untertagebeschäftigung von Jugendlichen unter 18 Jahren ist verboten.

Bei gesundheitsgefährlichen und besonders anstrengenden Arbeiten über Tage ist die tägliche Arbeitszeit auf höchstens 7 Stunden zu beschränken. Die Einführung darüber, welche Arbeiter hierunter fallen treffen die von der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft gebildeten Kontrollausschüsse.

Auch der Sozialisierung wollen die Kommunisten durch preussisches Gesetz beikommen, obwohl das nur durch verfassungsänderndes Reichsgesetz möglich ist. Sie beantragen:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, durch Gesetz für Preußen die entschädigungslose Beschäftigung der gesamten Bodenerträge sofort durchzuführen.

Privatpersonen und privaten Körperlichkeiten wird das Recht, Bodenerträge zu gewinnen, sofort entzogen.

Die Anlagen und Einrichtungen zur Gewinnung und — soweit sie in unmittelbarer Zusammenhänge mit diesem liegen — zur Verarbeitung und Beförderung von Bodenerträgen sind entschädigungslos zugunsten des Staates zu enteignen.

Die Kontrolle über alle diese Anlagen und Einrichtungen wird den von der organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft gebildeten Kontrollausschüssen übertragen.

Es liegt auf der Hand, daß unsere Kameraden für solche Anträge nicht hinhimmeln können, nur ein Antrag war in seinem ersten Teil für sie annehmbar; er lautet:

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, Sozialrenten einen Gesetz zu verweigern, durch den in allen Bergbaubetriebe Grubenkontrolleure obligatorisch eingeführt werden. Die Grubenkontrolleure werden von den Bergleuten gewählt. Sie sind vom Staat zu besolden und mit Vollmacht auszustatten, alle erforderlichen Maßnahmen zum Schutz und zur Sicherheit der Arbeiterschaft anzunehmen.

In Hand der Anträge unserer Kameraden zum Vergeltet werden wir zeigen, was nicht nur nötig, sondern möglich ist. Den Kameraden empfehlen wir aber, sich die obigen Anträge gründlich anzusehen und in der Agitation auf ihre Unmöglichkeit hinzuweisen.

Kommunistischer Irrwahn.

Dem Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben: Die Kommunistische Partei hat eine neue Parole erunden. In der Presse und in Flugblättern fordert sie auf, Betriebsunfallversicherung zu bilden, angeht um den Sozialismus zu bekämpfen. Diskutiert nicht, sondern handelt, so sagt die nationalsozialistische Arbeiterzeitung nieder! So schreibt das kommunistische „Ruh- und“ in Nr. 43 vom 20. Februar. In einer Zeit, wo die deutsche organisierte Arbeiterchaft im schmerzlichen Kampfe steht gegen den französischen und belgischen Militarismus, der den Bestand der deutschen Arbeiterbewegung bedroht, rufen die Kommunistische Partei zum Bürgerkrieg auf. Ein höheres Vorgehen an der Arbeiterchaft ist nie begangen worden. In Frankreich ist die Arbeiterbewegung durch die Kommunisten zerstückelt und auf Jahre hinaus um Ohnmacht verurteilt. In Italien herrscht der Faschismus durch die Schuld der Kommunisten. Nun wollen sie auch noch die deutsche Arbeiterbewegung zerlegen. Die Nationalisten in Deutschland laden sich ins Fährten über den unfreiwillig in Bundesgewalt. Durch das Gesetz Eingreifen der Gewerkschaften im Arbeitskampf gegen den französischen Einbruch in der Nationalismus zurückgedrängt worden. Das Vorgehen der Kommunisten treibt ihm die Sporen in die Räder.

Nun wissen die Kommunistischen Doctoren, daß die deutschen Arbeiter auf eine so hinterbrannte Parole nicht hereinfallen. Sie stellen deshalb ein Wirtschaftsprogramm auf, von dem sie wissen, daß es unbrauchbar ist. Dieses Programm ist auch dann nicht zu verwirklichen,

wenn die von den Kommunisten geforderte Arbeiterregierung am Ruder wäre, weil es wirtschaftlich unmöglich ist. Die Kommunisten verteilen nur, fragen aber nicht, ob auch genügend zum Verteilen vorhanden ist. Wenn es wirklich so ginge, wie die Kommunisten in ihrem Programm es vorhaben, dann dürfte es in Russland keine Not und kein Elend mehr geben denn dort ist eine kommunistische Regierung, die aus Gewalt ausübt. Nirgendes aber ist das Elend größer als in Russland.

Wie immer, sollen auch jetzt die Betriebsräte vor den Karren der kommunistischen Partei gespannt werden. Das Wirtschaftsprogramm der Partei ist deshalb als von dem Reichsausschuß der rheinisch-westfälischen Betriebsräte herausgegeben, dessen Ausschusses, der im Bericht b. J. den unbrauchbar gewordenen kommunistischen Betriebsrätekongress mit vorbereitete. Nun jetzt versucht dieser Ausschuss, eine Betriebsbewegung zu entfachen und beruft für den 4. März einen Betriebskongress für Rheinland und Westfalen nach Essen ein. Dieser Kongress hat keinen anderen Zweck, als den kommunistischen Parteipropaganda zu dienen. Die kommunistische Partei hat wiederholt öffentlich erklärt, daß sie den Kampf führe gegen den französischen und belgischen Militarismus und Imperialismus. In Wirklichkeit unterstützt sie diesen. Die Franzosen haben keinen besseren Verbündeten als die deutsche Kommunisten. Sie wissen das auch zu schätzen. Die Kommunisten werden in keinerlei Weise durch die Franzosen und Belgier behindert, im Gegenteil, sie werden in jeder Weise von diesen unterstützt und unterstützt gefördert. Am 16. Januar waren die Vertreter der Betriebe der Gewerkschaften zum General Deputierten nach Düsseldorf gekommen. Während die Vertreter der Kommunisten von den Franzosen unterstützt wurden, mußten die Vertreter der Gewerkschaften auf dem Rücken herumlaufen. Sie zogen es deshalb vor, in eine benachbarte Wirtschaft zu gehen und dort zu warten.

Nicht für den Sozialismus führt die Arbeiterchaft den Kampf gegen den französischen und belgischen Militarismus. Sie führt ihn, um die deutsche Wirtschaft und den Bestand der Arbeiterbewegung zu sichern. Sie führt ihn aber auch nicht anerkennend aus ihrer grundsätzlichen Stellung zum Militarismus und Imperialismus.

Die Kommunisten hören diesen Kampf. Sie fördern damit den Militarismus und Imperialismus den größten Feind der Arbeiterschaft. Sie vertreten dem Faschismus den Weg zur Herrschaft, wie sie es in Italien und Frankreich getan haben. Wir fordern die Arbeiterchaft auf, den Rekruten der Kommunisten nicht zu folgen an der Wahl zu dem Betriebskongress sich nicht zu beteiligen. Die Betriebsräte der freien Gewerkschaften dürfen an demselben nicht teilnehmen. Dem Ungehörigen, die Wirtschaftskräfte zu bilden, muß entgegengetreten werden.

Krik Hulmann als Quasiferd?

Das neue Schaubergergeschick der kommunistischen Gewalttäter ist folgender Brief an unseren Verbandsvorsitzenden Hulmann an: „Der Ausschuß der Vereinigten rheinisch-westfälischen Betriebsräte. Düsseldorf, den 20. 2. 22.“

In den Vorständen des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Herrn Hulmann Bochum, Wemelhauser Straße.

Welter Kollege! Die Dir aus der Presse bereits bekannt sein wird hat der Reichsausschuß der rheinisch-westfälischen Betriebsräte für den 4. März nach Essen, Nordparkaal, einen Kongress der Betriebsräte des gesamten Rheinlands-Westfalens einberufen.

Der Reichsausschuß hat nun in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich zu erheben, auf dem Kongress einleitend ein Referat über den Wirtschaftskampf gegen den deutschen und französischen Kapitalismus zu halten. Wir glauben, daß Du, im Hinblick auf Deine Tätigkeit im Ruhrgebiet, der berufliche Kollege bist um den Betriebsräten zu helfen, was sie in dieser Situation tun müssen, um die Lage ihrer Klassengenossen zu bessern.

Der Kongress wird am 4. März, punkt 10 Uhr vormittags, im Nordparkaal in Essen eröffnet.

An der Hoffnung, daß Du unserer Erwartung entsprechen und das Referat übernehmen wirst, erwarten wir Deine baldige zusagebende Antwort. Mit dankbarer Grüßen!

Ewald Sportert, Varnen Rittershausen, Hammesberg 35.
Kamerad Hulmann hat natürlich keine Sekunde danach, aus unserem Verband ausgetreten zu werden. Er wird deshalb das angebotene Referat dankend ablehnen.

Ausschuß der Betriebsrätewahlen im befehten Gebiet.

Vom Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: Die meisten Wünsche aus dem neuen Einbruchgebiet und dem allföresten Gebiet entsprechend, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, auf Grund des dem Reichstage vorliegenden Notgesetzes die Neuwahlen zu den Betriebsvertretungen in diesen Gebieten bis zum Eintritt ruhigerer Verhältnisse hinauszuschieben.

Die internationale Protestbewegung gegen die Ruhrbesetzung.

Die Protestbewegung der Arbeiter gegen die Ruhrbesetzung gewinnt von Tag zu Tag an Umfang. In der ganzen Welt regt sich immer stärker das internationale proletarische Bewußtsein.

Internationale Zusammenkünfte.

Bei Gelegenheit des am 3. Februar in Lille abgehaltenen Kongresses der französischen sozialistischen Partei sprachen Vertreter der Internationalen von Wien und London über die gegenwärtige politische Lage. Sie richteten an den Völkerverbund einen feierlichen Appell, in dem dieser aufgefordert wird, in dem deutsch-französischen Konflikt zu intermedieren.

Das Internationale genossenschaftliche Frauenkomitee protestiert in einem Appell gegen die Besetzung des Ruhrgebiets.

Die Exekutiven der Arbeiter-Jugend-Internationalen und der Wiener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen haben sich in ihrer am 3. und 4. Februar abgehaltenen Zusammenkunft in Prag bereit erklärt, eine eventuelle Aktion der Arbeiter-Internationalen zu unterstützen.

Frankreich.

Der Kongress der „Confederation Generale du Travail“ (30. Jan. bis 2. Februar) hat sich dem Protest ihrer ausführenden Organe angegeschlossen und ihn neuerlich bekräftigt. Man kann sagen, daß fast keine gewerkschaftliche oder politische Arbeiterversammlung abgehalten wird, die nicht gegen die Ruhrbesetzung Stellung nehmen. Die verschiedensten Arbeiterorganisationen, die abauern abgehalten werden, haben den Zweck der französischen Arbeiter über die imperialistischen Absichten der Regierung aufzuklären. Solche Versammlungen wurden in Lille, Paris, Roubaix, Tours, Dijon und vielen anderen Städten abgehalten.

Die belgischen und französischen Gewerkschaftszentralen traten am 10. Februar zusammen, um die Frage der Zusammenarbeit im Kampfe gegen das imperialistische Vorgehen ihrer Regierungen zu erörtern. Sie beschlossen, die Veranstaltung gemeinsamer Versammlungen in Belgien und Frankreich abzuhalten.

Belgien.

Die Kampagne gegen die Ruhrbesetzung nimmt immer in auffallender Weise zu. Die Führer der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei entfalten eine unermüdbare systematische Propaganda-tätigkeit. In Brüssel, Antwerpen, Gent, Erating, Lüttich, Liège, Anderlecht, um hier nur die Hauptorte zu nennen, wurden Protestversammlungen veranstaltet.

Großbritannien.

Die Unabhängige Arbeiterpartei hat zur Frage der Ruhrbesetzung Stellung genommen und ihre Haltung festgelegt. Die Organisation „No War in the East“ protestiert gegen die militärische Gewalt der französischen Regierung.

Die 3. Jahreskonferenz des Verbandes der technischen Arbeiter und Angestellten hat der „No“ ihre Sympathie mit den Angestellten des Ruhrgebiets ausgedrückt.

Holland.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands hat in Gemeinschaft mit dem Niederländischen Gewerkschaftsbund in der ersten Februar-

wache 23 Protokollmengen in den größeren Städten und Orten besonders veranlaßt. Die Amie damer Verammlung (7. Februar) hatte einen internationalen Charakter. Es sprachen Troelska für die holländische Sozialdemokratie, Stenhuus für den Niederländischen Gewerkschaftsbund, Gedeleers für die belgische Arbeiterpartei, Dreifuss für die Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Grafmann für den Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund.

Schweden.
Der lettische Gewerkschaftsbund hat sich gleichfalls der internationalen Protestbewegung angeschlossen.

Vereinigte Staaten.
Der „Central Trades Labour Council“ im New York sprach sich gegen den Gehalt der französischen Militärsmus aus. Am 31. Jan. fand in New York eine Protestkundgebung statt.

Die „innere Umstellung“ der Unternehmer.

Wir veröffentlichen in der letzten Nummer aus dem „Zeitschriftler“ das gegen die freien Verhältnisse gerichtete Kundschreiben, das die Unternehmer „Dr. v. Sargert“ aus dem „Zeitschriftler“ ist darauf folgende Erklärung zugehen:

Wir nehmen Bezug auf die von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände dem „Vorwärts“ und den zwei Zeitungen, welche dessen Nachfolger sind, die „innere Umstellung der Unternehmer“ in Nr. 69 (10. Februar abends), sowie in Nr. 75 (14. Februar abends) abgedruckt haben, zugewandte Veranlassung. Auch in dieser Nummer wird mir sehr das ein „Deutscher Arbeitgeberverband für Industrie, Handel, Land- und Forstwirtschaft, Handel und Verkehr“ in der Welt und in der inneren Namen in dem die in dem Kundschreiben der Arbeitgeberverbände zur Last gelegten Kundschreiben geäußert sind. Wir wissen weder von einem derartigen Kundschreiben, noch haben wir sonst mit der Veröffentlichung des „Vorwärts“ in irgendeiner Verbindung.

Der „Zeitschriftler“ sagt zu dieser Erklärung:
„Die Erklärung des Kundschreibers mit der Erklärung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Herr Dr. v. Sargert schreibt in seiner Erklärung: „Wir nehmen Bezug...“ usw. Wir hatten uns wohl die bescheidene Anfrage erlaubt, hier denn noch hinter dem „Wir“ verborgen? Herr Dr. v. Sargert schreibt: „dabei geht es um etwas, was ihn gar nicht betrifft.“ Das ist ein ganzes Postulat, was er behauptet, daß sein Name unter dem Kundschreiben geäußert ist. Damit ist aber nicht behauptet, daß das Kundschreiben ein Werk ist, das seinen Grund an der Existenz und Wichtigkeit des Kundschreibens zu zweifeln, obwohl wir wissen, daß die Arbeitgeberorganisationen der Unternehmer nicht unter der angegebenen Firma firmieren. Die betreffenden Unternehmer aber, denen das Kundschreiben zugewandt worden ist, haben auf Verhalt der Arbeitnehmer die Erklärung und die Echtheit des Kundschreibens nicht bestritten. Die Unternehmer haben lediglich darauf verwiesen, daß das Kundschreiben nicht Gegenstand der Verhandlung sei. Wir haben deshalb trotz aller Demüts keine Veranlassung, unseren Standpunkt irgendwie zu ändern.“

Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ nimmt auch in Nr. 7 Stellung zu dem Kundschreiben in einer mit „Auf plumpen Schwindel hereingefallen“ überschriebenen Notiz. Darin wird gesagt: „Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände stellt fest, ... daß die Veröffentlichung ganz augenfällig dazu dienen soll, Unruhe und Misstrauen zu erregen in einer Zeit, in welcher die Überwindung vorhandener Meinungsverschiedenheiten mehr denn je erforderlich ist...“

Das ausgesprochen die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ ist über die Angelegenheit besorgt, konnte zum Nachen zeigen, wenn die Sache nicht so ernst wäre. Wägen doch wir gerade dies Wort anbringen, weil es in unglücklich frecher Weise nach dem Aussehen, all gegen die organisierte Arbeiterschaft heizt. Nach dieser Erfahrung kann es uns niemand über nehmen, wenn wir die vom „Zeitschriftler“ ausgesandte auf einer ganzen Seite gedruckte Mitteilung in der von uns gewählten Form übernehmen. Wir genügen mit diesen Zeilen unserer publizistischen Pflicht zur Berichtigung und müssen die endgültige Klarstellung den beteiligten Organisationen überlassen.

Eindrücke aus Mitteldeutschland.

Die Versorgungsschwierigkeiten der deutschen Industrie mit Steinkohle haben dem mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in noch höherem Grade als vor dem Kriege Bedeutung verliehen. Im Zusammenhang damit hat auch das mitteldeutsche Revier für unseren Verband eine vermehrte Bedeutung erlangt. Nach der Mitgliederzahl für das 3. Vierteljahr 1922 übersteigt die Mitgliederzahl in den mitteldeutschen Revieren die Zahl der Mitglieder im Ruhrrevier. Wir hatten am 30. Sept. 1922 im Ruhrrevier rund 123 000 Mitglieder und in Mitteldeutschland rund 140 000 Mitglieder. Schon daran kann man erkennen, wie sich das Schwergewicht der Mitgliederzahl aus dem Ruhrrevier nach den anderen Bergrevieren verlagert hat. Es wäre daher falsch und in vieler Hinsicht bedenklich, wenn man der Meinung wäre, den Kern des Verbandes bilde das Ruhrrevier und die übrigen Reviere wären nur sogenannte „Nebenreviere“; man wird mit die er Einleitung den übrigen Revieren weder in ihrer gewerkschaftlich organisatorischen noch in ihrer wirtschaftlichen Stellung gerecht. Völlig richtig ist auch der wirtschaftliche Bergmann in den mitteldeutschen Revieren miteinander gar keine richtigen Bergleute, weil sie nicht viele hundert Meter tief unter der Erde arbeiten, sondern meist im Tagebau ihrem schweren Gewerbe nachgehen. Doch auch der Braunkohlenbergbau hat seine Komplikation. Wenn man beispielsweise durch das in den letzten zehn Jahren treibhausartig entwickelte Ostfeld fährt, wo dort, wo vor wenigen Jahren noch der Landmann fröhlich seine Scholle bewirtschaftete, jetzt riesige Braunkohlenanlagen und Brückfabriken sich befinden, wenn man sieht, wie dort gewaltige Bagger Tag und Nacht gewaltige Mengen des braunen Brennstoffes aus dem Erdreich schöpfen, wie ein Heer von Arbeitern in Wind und Wetter, so locale des Nachts unermüdet ihre schwere Arbeit vollbringen, so wird man auch jenen eigenartigen Reiz empfinden, der von den Schöpfungen menschlichen Arbeitsleibes ausgeht. Besonders leuchtet in der Nacht ein zahlreiches Heer von Lichtern überstrahlt von gelben Lichtern, welche die Arbeiter in der Dunkelheit erleuchten. Und mit Recht meinte ein mitteldeutscher Kamerad, der den Streiber über diese Stellen begleitete: „Wenn uns die Entente nur feindlich unserer Arbeit nachgehen ließe, so könnten die Kriegsgötter den Hüben und drüben viel leicht schon lange überwinden und der Frieden in der Welt wieder hergestellt sein.“

Nach dem brutalen Einfall der Franzosen und Belager in das Ruhrgebiet wird die Braunkohle in noch härterer Weise als bisher als Kraftspender für unsere Wirtschaft herangezogen sein. Zweifellos sind der Verwendungsfähigkeit von Braunkohle Grenzen gesetzt. Hat alle Industrien können Braunkohle verwenden. Auch ist der direkte Verwendungsbereich der Braunkohle begrenzt. Die eigentliche Rohstoffquelle liegt sich wegen ihres großen Wassergehalts nur schwer transportieren, auf große Strecken wird der Transport außerordentlich unrentabel. Man rechnet gegenwärtig, daß ein Transport von 50 km. das äußerste ist, was die Kohletransporte verträgt. Durch verkehrspolitische und steuerpolitische Maßnahmen mag die Leistung der Verwendungsbereich der Braunkohle noch zu erhöhen sein. Wegen der mangelhaften Transportfähigkeit der Braunkohle sind die mitteldeutschen Reviere jetzt zum Standort großer unternehmerischer Einrichtungen geworden. Die wirtschaftliche Entwicklung dieser Reviere ist eine gewaltige. Die Industrie hat die Braunkohle einen hervorragenden Anteil gehabt. Die Verbindung zwischen Industrie und Grube ist für die Förderung der Produktionsfähigkeit eine typische Erscheinung. Da die Braunkohlefelder nicht unterirdisch sind — ihre Lebensdauer ist vielfach auf 60—80 Jahre beschränkt —, ist der Ausbeutung der mit der Braunkohle verbundenen Industrie eine gewisse Beschränkung auferlegt. Die bekannteste Form der Braunkohleabnutzung als Schmelzmaterial ist die der Zementherstellung. deren Leistung gegenüber der Kohleindustrie verdrängt ist. Welt über die Hälfte der gesamten Kohleproduktion geht direkt zur Zementherstellung. Der Absatz von Zement ist im Bahndienst doppelt so groß wie der der Kohletransporte. Auch ist teilweise die Vergrößerung

Die Streiks im Saargebiet, in Lothringen, Frankreich und Belgien.

Französische Reaktion auf den Saargruben.

Die am Streik interessierten Arbeiterorganisationen des Saargebietes haben an den Verwaltungsrat der Saargruben zu Brindes den Vorhinein in Paris eine Eingabe gerichtet, die den französischen Reaktionen sehr ungenügend sein wird. Die französische Verwaltung wird allerdings nichts von den Tatsachen, deren geschichtliche Entwicklung durch diese Eingabe erfolgt ist, erfahren; die französische Presse wird sie, als geringfügiges Werkzeug, verschmähen. Die in der Eingabe eingetragenen Tatsachen über die wahren Streitursachen und den Gang der Verhandlungen sind die Leser der „Bergarb.-Ztg.“ informiert, so daß wir nicht zu wiederholten brauchen. Weiter wird aber den Pariser Gerichten folgendes gesagt:

Neben der Lohnfrage ist es aber die Art der Behandlung der Belegschaftsmitglieder, die Diktaturmethode, die im Bedingungsablauf angewandt wird, welche die Belegschaft so maßlos verärgert.

Während bei deutschen Verwaltungen willkürliche Entlassungen und Vertreibungen fast ausgeschlossen waren, sind sie unter der neuen Verwaltung keine Seltenheit. Vergleuten mit 30- oder mehrjähriger Dienstzeit, die zudem vor der Pensionierung stehen, wird die Arbeit gekündigt. Andere Arbeiter, die von den Folgen eines Unfalls genesen oder aus einer anderen Art kommen, aber nicht mehr oder noch nicht vor die Arbeit kommen, wurden einfach nicht wieder eingestellt.

Während des Bedingungsablaufs zwischen dem Vertreter der Arbeiter und dem der Kammerabteilung vereinbart werden soll, wurde es in sehr vielen Fällen rückwärts blickend. Die Vertreter der Kammerabteilung das Bedingungsablauf nicht erreicht, und die Kammerabteilung verlangte die Gewährung von 25%, während sie oft als Forderungen hingestellt, bevor der gute Wille zum Arbeit ansetzte.

In den Streiks der Handwerker, Maschinen- und Holzarbeiter es ebenfalls außerordentlich erbitternd, daß gelehrte Arbeiter dieser Gruppe aus den Werken und dem Maschinenbau in die Grube verlegt wurden, während die Arbeiter mit anderen betriebsfremden Leuten beschäftigt wurden.

Der ausschließliche Streik ist rein wirtschaftlicher Natur und hat mit irgendwelchen politischen Bestrebungen nichts zu tun, was auch von Vertretern der Regierungskommission anerkannt wurde.

Weiter werden dem Verwaltungsrat die Forderungen der Saargebietes vorgelegt und die Verhandlung über die schwebende Verhandlung durch die Generaldirektion. Auf diese Eingabe ist folgende offizielle Antwort des Verwaltungsrats eingegangen:

„Nach eingehender Prüfung hat mich der Verwaltungsrat beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß er das Schreiben dem Herrn Generaldirektor, auf welchen er sich in der Regelung der aufgeworfenen Fragen vollständig verläßt, übersandt hat.“

Spiegel, Streikbrecher, Belagerungszustand.

Die Einigkeit der Saarbergleute ist und bleibt ungetrübt. Jugendliche, Militär, jedwede Spindel und selbst die Saarkohle versuchen mit allen Mitteln — auch mit Gewalt — Arbeitswillige zu bekommen. Auf der Zentrale in Eschdorf sind unter Führung des bekannten Agenten Kockmanns 18 Mann angeordnet. Diese werden mit Militär zur Grube geschickt, den französischen Imperialismus werden sie jedoch nicht retten. Ein Arbeiter brachte drei unbewußt Arbeitswillige zum Spindel. Diese sollten jedoch trotz Versprechens von 15 Fr. Lohn und Vorkostung die Streikbrecherarbeit ab. Die Verhängung des Belagerungszustandes steht bevor, und wenn der Leser diese Zeilen liest, wird er wohl schon Tatsache geworden sein. Regierungskommission und Generaldirektion bemühen sich vergeblich, um einige Vorteile für den Belagerungszustand zu bekommen. Da sich die Streikenden mühevoll verhalten, läßt man sich Lügenberichte von bezahlten Spindeln beschaffen, die natürlich der Meinung sind, daß man für ein Gebot etwas tun müsse, und da man nichts Verdägliches findet, wird es schon erstanden. Auf jeder

von Braunkohle in Generatoren verbrannt werden, doch ist der Erfolg noch nicht besonders ermutigend. Eine während des Krieges mit ungeheuren Kosten erbaute Generatoranlage im Ostfeld soll nunmehr ihren Standort im Eschenberger Revier bekommen. Immerhin ist die Braunkohle ein wichtiges Element, neue Auswertungsmöglichkeiten der Braunkohle herauszufinden.

Nach dem Kriege hat parallel mit der wachsenden Verwendung der Braunkohle auch eine gewaltige Zunahme der Belegschaften stattgefunden. Im Jahre 1903 betrug die Zahl der preussischen Braunkohlearbeiter 100 000 Mann, 1921 124 000 Mann. Besondere Schwierigkeiten machte die Unterbringung dieser Arbeitermassen. Mit lebhafter Freude wird man erfüllt, wenn man durch die schmucken Bergmannswohnungen sieht, die in den letzten Jahren entstanden sind — leider sind die Belegstellen in den Wohnungen noch außerordentlich selten. Auf einen Umstand aber ist in diesem Zusammenhang auch hinzuweisen. Durch den schmerzlichen Krieg wurde im Ostfeld der Ort Wendenbors vernichtet und seitdem nicht wieder aufgebaut. Die Bergmannswohnung errichtete einen neuen Ort an der gleichen Stelle, Neu-Wendenbors genannt, welcher zweifellos mit seinen formvollen Bauten einen freundlichen Eindruck macht, als andere Dörfer in der Umgegend. Nur ein Nachteil ist damit verknüpft: die Bergleute, welche ein Wohnhaus zu eigen bekommen, wurden durch die neuen Wohnstätten und Rechte die damit verbunden waren, vielfach der Gemeinnützigkeit und Parteilichkeit entzogen. Nichts ist mit anderen Siedlungen ähnliche Erfahrungen gemacht worden. Die Kameraden tun damit großes Unrecht, wenn sie der Meinung sind, daß, wenn ihre Wünsche erfüllt sind, sie sich nun nicht mehr um die Erfüllung der Wünsche ihrer Mitmenschen zu kümmern brauchen. Sie leisten mit solcher Auffassung der Arbeiterbewegung einen recht schweren Dienst.

Der Verfasser hielt mehrere Versammlungen und Unterrichtskurse im Galleischen Bezirk ab. Der Besuch war durchweg zufriedenstellend, an einigen Orten sogar glänzend. Nebenbei ist zu erwähnen, daß selbst in geschlossenen Gebieten österrömerzeitliche kommunale Wanderredner unter falscher Flagge sich Einlass verschafften, um da ihre langweiligen Tiraden vom Stapel zu lassen; nennenswerten Eindruck konnte sie damit bei den denkenden Kameraden keineswegs machen und auf die naive Begeisterung einiger Jugendlicher braudt man in diesem Zusammenhang nicht allzu viel Wert zu legen. Die Jugend ist die Zeit des Gehrens, unsere Gedanken finden naturgemäß in ihnen einen viel härteren Widerstand als bei abgeklärten, durch laufende Erfahrungen gewöhnten Arbeitern. Bemerkenswert aber ist, daß die Versammlungsgesellschaft nicht allzuviel Aufmerksamkeit schenkt. Wir hatten schon an anderer Stelle mal darauf hingewiesen („Verband und Wirtschaft“, 1. Jahrgang, Nr. 8, Leitartikel) daß es bei der Abhaltung von Versammlungen nicht genügt hier und da einige Zettel anzuhängen, welche eine Versammlung ankündigen, sondern daß die Propaganda für und in den Versammlungen ganz besonders vorbereitet werden muß. Es genügt auch nicht, wenn ein mehr oder weniger geübter Vortragsmann die Versammlung mit den üblichen Worten eröffnet und im übrigen den Referenten seinem Schicksal überläßt, sondern die Vorbereitung der Versammlung muß weitgehend sein. Die Versammlungskameraden dürfen sich nicht von einigen kommunikativen Wortkünstlern einbüßeln lassen, sondern ebenso wie sie frisch von der Leber weg reden. Es kommt in der Diskussion einer großen Versammlung gar nicht so sehr darauf an, wie etwas gesagt wird, sondern wie es kommt. Eine gezielte Arrangierung der Rednerreihe könnte das Bild mancher Versammlung nur verbessern.

Das alte, unermüdete Schulungsarbeit zu leisten vermag, konnte der Verfasser in Galleien beobachten. Galtigkeit ist in der Geschichte der letzten Jahre nicht besonders rühmlich bekannt. Bild getragene

Inspektion ist ein sogenannter „Nachrichtendienst“ eingerichtet, der nach Bedarf 20—30 Spindel unterhält. Selbst diese Spindelzentrale können zu ihrem Zweck nicht immer den notwendigen Stoff beschaffen und müssen — einem so bekannten Bericht zufolge — berichten, daß „alles ruhig und in Ordnung“ ist. Diese Berichte gefahren aber dem Obermeister (Gard-General) nicht und so hängt er an die einzelnen Berichte der „Wächter“ Bemerkungen an. Nachfolgend lassen wir einige solcher Stellen folgen. So schreibt er:

1. Sp. ist gehörig aus Sch. Er muß doch die Streikposten kennen.
2. Für das dritte Mal denselben Bericht, gibt nicht die Namen der Streikposten an.
3. Uninteressant. Gibt niemals die Namen der Streikposten an.
4. Hat noch keinen Streikposten gemeldet.
5. Keiner Meinung nach unterstellt er auch die Streikenden.
6. Herr Th. meldete mir, daß ein Wächter vor in der Nähe der Grube wohnt, ins Streikgebiet geht und dort ein Wort hinterläßt. Nach der Beschreibung kann es nur der Wächter S. sein. Der Bericht der Nacht 5 weist, daß er sich nicht nur für uns interessiert. Keiner Meinung nach ist er ein Spion der Streikenden.

Genau wie im Ruhrrevier, soweit die Spindelzentrale in Betracht kommt. Es fehlt nur noch, daß Bergarbeiter erfassen und Arbeiter auf der Straße — wie im Ostfeld — ihres Geldes beraubt werden. Der Belagerungszustand soll dieselben Methoden auch jetzt im Saargebiet bringen. Der starke Wille der Saarbergleute wird die brutalen Mittel durch Ruhe und Besonnenheit nicht zur Auswirkung bringen lassen — zum größten Verger der französischen Imperialisten.

Streik in Belgien.

Im Revier von Mons sind von 37 000 Mann Belegschaft 35 000 in den Streik getreten. Auch im Bezirk des Vornage sind etwa 15 000 Bergarbeiter in den Streik getreten, weil die herozentige Lohn-erhöhung unzureichend ist. Das Revier sozialdemokratische Organ, der „Peuple“, zieht in seiner Nummer vom 18. Februar die Bilanz der ersten fünf Wochen der Ruhrbelagerung für Belgien:

„Ein allgemeines Steigen der Preise für die notwendigen Artikel, das sich zwischen 10 und 20 Prozent bewegt. Seit monatlich 140 000 Lw. Kohle umsonst zu bekommen, haben wir 35 000 Lw. erhalten, die wir bezahlen müssen. Die Lebensmittel haben keinen Preis mehr und drohen, die höchsten abzumachen. Die Arbeit in den Metallbetrieben ist um 75 Prozent eingeschränkt; demnach werden die Betriebe ganz stillstehen. Im Süden von Antwerpen, wo es im Durchschnitt 90 Arbeiterlose gab, werden jetzt täglich 2200 bis 2700 geheizt. Die Delegierten des Industriellen Zentralausschusses haben Herrn Theunis (den künftigen Ministerpräsidenten) gebeten, das Gesetz über den Arbeitsdienst in den Bergwerken aufzuheben.“ (3)

Der lothringische Streik.

geht ruhig weiter. Die Unternehmer halten an ihrem ablehnenden Standpunkt fest, indem sie von Arbeiterorganisationen nichts hören wollen. Durch die Regierung werden die Streikenden mit noch schlimmeren Mitteln bekämpft wie im Saargebiet. Die Kampfstrategien stehen noch fest und wollen nichts von ihren Forderungen zurückgeben.

Die französische Streikbewegung.

hat eine Wendung erfahren. Die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und Unternehmern am 15. Februar in den Bergrevieren im Norden des Pas de Calais und in denen von Lünz in haben zu einem weit von Ergebnissen geführt. Die Bergarbeiter erhalten für die Zeit vom 1. bis 15. Februar eine Lohnerhöhung von zwei Franken täglich für alle Arbeiter über 16 Jahren. Diese Summe wird nachgezahlt. Ferner wird vom 15. Februar ab eine Erhöhung des Lohnes um 3,25 Fr. je Schicht zugestanden. Daraufhin hat der Landesauschuss des kommunistischen Bergarbeiterverbandes am 20. Februar beschlossen, daß der Streik in Frankreich abgebrochen werden soll.

Der Kampf in Lothringen soll hingegen weitergeführt werden bis zum endgültigen Siege, wobei die innerfranzösische Bergarbeiter-union ihre finanzielle Unterstützung in Aussicht stellt, um diesen Sieg erringen zu können. Sollte bis zum 4. März der Kampf in Lothringen nicht beendet sein, so sollen alle Bergarbeiter erneut zum Streik aufgerufen werden, um ihre Solidarität mit den streikenden lothringischen Kameraden effektiv zu gestalten.

Rumbels, Sendlinge aus dem Osten, abgeklärte Klassen und andere etablierte Parteien haben vor einigen Jahren hier einen recht üben Allianz mit Vorkriegsproduktion und Ausprägungen und anderen vom Kriege her geäußerten Ausdrucksformen des Zerfallens handwerks aufgeführt. Es ist nun zu beobachten, daß in diesem Rumbel auch das verloren ging, was in jahrelanger Gewerkschafts- und Parteiarbeit aufgebaut wurde. Unendliche Schwierigkeiten werden der Wiedergewinnung des verlorenen Lebens entgegen. Erst belächelt, dann misstrauisch, aber allmählich doch erkennend, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht in einem Supererit zu stehen sind, kamen die Streikbrecher wieder zu den Veranlassungen, kamen sie auch zu den vom Bergarbeiterverband angeregten Unterrichtskursen. Während in anderen Orten zu bemerken war, daß die Teilnehmerzahl im Verlauf eines Unterrichtsurses anwuchs, konnte hier die erfreuliche Tatsache verzeichnet werden, daß die Teilnehmerzahl zunahm, und als der Verfasser im Rahmen der streikenden Kurie keine Ausprägungen machte, konnte er vor einer nicht fehlenden zukünftigen Zukunft von weit über 100 Mann sprechen. Hier hat sich in schöner Weise das Wort bewahrheitet: „Beharrlichkeit führt zum Ziel.“

Ein merkwürdiges Erlebnis hatte der Verfasser auf seiner Vortragsreise mit einem Pastor. Nach Beendigung eines Vortrages kam ein junger Mann zu ihm und überreichte ihm die Bitte, daß mal zum Herrn Pastor kommen zu wollen, derselbe habe Verwandte im Ruhrgebiet und möchte gern wissen, wie dort die Verhältnisse seien. Zusammen mit mehreren Kameraden wurde dieser Bitte Folge geleistet, obwohl die Stunde schon schon fast vorgezogen war und der Anmarsch zum Pfarrhaus durch tiefen Schnee ging. Der Pastor hielt eine gar wunderbare Predigt vom lieben Gott, vom Kaiser, von den schlechten Menschen den schlechten Zeiten, den geringen Einkünften der Pastoren, den teuren Preisen und ähnlichen interessanten Dingen mehr. Das interessante jedoch war die Mitteilung, daß er, der Prediger, nach der Revolution Kommunist — einzelnes Parteinmitglied — geworden und sich dann allmählich wieder zu den Konservativen hinübergeändert habe, und dieser Mann redete mit vielen Worten von der Treue, die man seiner Götterung haben müsse. Ja, ja, die Extreme berühren sich! Dieser Gottesmann ist ein lebendes Beispiel dafür.

Eine besondere Erwähnung verdient das Braunkohlenwerk Dörfel bei Leiszig, welches dem sächsischen Staate gehört. Kilometerlange Aufschüttungen zeigen, daß ein kapitaler Betrieb schon mindestens das gleiche leisten kann, wie ein privater Betrieb. Der sächsische Staat verfügt im Bezirk von Dörfel über etwa 3 Milliarden Tonnen Braunkohle, die zum erheblichen Teil im Tagebau und in massiven Betrieben ausgebaut werden kann. Dieses Werk ist so weit aufgeschlossen, daß das obere Flöz abgeleitet ist und voraussichtlich die Förderung noch in diesem Jahre beginnen kann. Die Anlage ist so eingerichtet, daß sie eine Jahresmenge von mindestens 5 Mill. T. liefert. Zusammen mit den Aufschüttungen entfällt dort ein großes Kraftwerk, welches das meiste Kohlen mit elektrischem Strom versorgen soll. Auch ist eine Brückfabrik mit 20 Pressen und einer Jahresleistung von 600 000 T. Brücke in Dörfel geplant. Die nicht zu verlässlichen Nachrichten über die Sortierwerke abgeleitete Braunkohle soll im unmittelbaren in den Kohlenfeldern gelegenen Großkraftwerkskraftwerk verwendet werden. Der fast schubsenfreie Preislaß schafft hier wirtschaftliche Betätigungsmöglichkeiten von gar nicht zu überschätzender Bedeutung.

Der gestattete die Verhältnisse im Ruhrgebiet dem Verfasser nicht, seine geplante Reise nach längerem Ausbleiben. Er konnte jedoch aus Mitteldeutschland den Eindruck mit nach Hause nehmen, daß hier in steter enger Tätigkeit immer wieder der Wille betont wird, durch Arbeit ein neues Bild zu gewinnen. Die starke Anteilnahme der Arbeiterschaft an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau ist auch ein gutes Vorzeichen dafür, daß die Zeit nahe, wo das Eisenprinzip unumkehrbar ist auf das Bedarfsbedingungsprinzip, wo also nicht der Kapitalprofit, sondern

An unsere Mitglieder!

Für das gesamte Verbandsgebiet eine weitere Beitragserhöhung ein. Den Zahlstellen werden die notwendigen Marken sobald wie möglich zugestellt. Unter Hinweis auf die Gefahr, in der die Gewerkschaften bei der immer größer werdenden Geldentwertung gebracht werden, erwarten wir von allen Mitgliedern und Funktionären reifliche Durchführung der Beitragserhöhung.

Kameraden! Noch nie war die Lage der Bergarbeiter so ernst als jetzt, darum ist notwendig die Geschlossenheit der Organisation u. Durchführung der erforderl. Maßnahmen.

Das Wohl der Gesamtheit unseres Volkes das Leitmotiv wirtschaftlichen Handelns wird. Nur wird diese beruhigende Gewissheit immer wieder überstrahlt von den grausamen Auswirkungen des Weltkrisenjahres und von den freibeweglichen Weltmarktverhältnissen, die den Weg der Vernunft nicht finden wollen oder in ihrer Machtverblendung nicht finden können.

Soziales Recht - Arbeiterversicherung. Steuerabzug vom Lohn.

Die Verordnung des Reichsfinanzministers vom 18. Februar 1923, die eine Änderung des Einkommensteuergesetzes bringt, soweit es den Steuerabzug vom Lohn behandelt, bestimmt, daß bei dem Arbeitslohn, der auf die letzten sechs vollen Arbeitstage des Monats Februar entfällt, kein Steuerabzug vorgenommen werden darf. Dieser Teil des Arbeitslohnes bleibt auch bei der endgültigen Veranlagung für das Steuerjahr 1923 steuerfrei, wenn das gesamte steuerbare Einkommen des Steuerpflichtigen für das Kalenderjahr 1923 1.000.000 M. nicht übersteigt. Die Abgrenzung des Zeitraumes, der steuerfrei bleibt, an die Lohnzahlungsperiode, wird in den Fällen, in denen dies notwendig wird, vom Finanzminister nach besonders bestimmt. Für Lohnzahlungen, die nach dem 28. Februar erfolgen, und in denen der Arbeitslohn zur Zahlung kommt, der nach dem 28. Februar fällig wurde, ermäßigt sich der 10prozentige Steuerabzug wie folgt:

1. Für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau bei Zahlung des Lohnes nach vollen Monaten um je 600 M. monatlich, nach Wochen um 192 M. wöchentlich, nach Tagen um 32 M. täglich und bei Zahlung des Lohnes für noch kürzere Zeiträume um je 8 M. für je zwei angefangene und volle Arbeitstagen.
2. Für jedes minderjährige zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehörende Kind, auch wenn es bis zum Alter von 17 Jahren eigenes Arbeitseinkommen bezieht, bei Zahlung des Lohnes nach vollen Monaten um 400 M. monatlich, nach Wochen um 160 M. wöchentlich, nach Tagen um 160 M. täglich und bei Zahlung des Lohnes für noch kürzere Zeiträume um 40 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen.
3. Für Beiträge zur Sicherung und Erhaltung (Werbungsstellen) bei Zahlung des Lohnes nach vollen Monaten um 400 M. monatlich, nach Wochen um 160 M. wöchentlich, nach Tagen um 160 M. täglich und bei Zahlung des Lohnes für noch kürzere Zeiträume um 40 M. für je zwei angefangene oder volle Arbeitstagen.

Wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß seine wirklichen Werbungsstellen den Betrag von 4000 M. monatlich übersteigen, so müssen ihm auf seinen Antrag beim Finanzamt die abziehbaren Beiträge erhöht werden.

Wie der Steuerabzug praktisch gehandhabt wird, sei an folgendem Beispiel gezeigt: Ein verheirateter Arbeiter mit drei Kindern hat im Monat 36400 M. verdient, der 10prozentige Abzug beträgt demnach 3640 M. von 36400 M. = 32760 M. Diese Summe ermäßigt sich nun für den Mann selbst um 600 M., für seine Ehefrau um 600 M., für die drei Kinder um je 400 M., zusammen also um 17600 M. Der Steuerabzug beträgt dann endgültig 33400 M. weniger 17600 M. = 15800 M.

Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung.

Das Gesetz vom 12. Februar 1923, das von der Erhöhung der Zulagen in der Unfallversicherung handelt, erhöht den Jahresarbeitsverdienst, der für die Berechnung der erhöhten Renten gilt. Nach den neuen Bestimmungen muß für die Berechnung der erhöhten Rente eines Verletzten, der eine oder mehrere Renten zusammen von 33 1/3 und mehr Prozent, aber weniger als 50 Prozent der Vollrente bezieht, ein Jahresarbeitsverdienst von 450.000 M. zugrunde gelegt werden, aber nur dann, wenn seine ursprüngliche Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines gewerblichen Arbeiters festgesetzt worden ist.

Erfolgte die Festsetzung der ursprünglichen Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters, so ist die erhöhte Rente nach einem Jahresarbeitsverdienst von 324.000 M. und, falls die ursprüngliche Festsetzung nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters geschieden ist, nach einem Jahresarbeitsverdienst von 172.000 M. zu berechnen.

Bei der Berechnung der erhöhten Renten für Verletzte, deren Rente oder mehrere zusammen 50 Prozent und mehr der Vollrente beträgt, sowie der Hinterbliebenenrenten, muß der angemessene Jahresarbeitsverdienst von 1.152.000 M. zugrunde gelegt werden, wenn die ursprüngliche Rente nach dem Jahresarbeitsverdienst eines gewerblichen Arbeiters festgesetzt wurde. War die Festsetzung der ursprünglichen Rente nach dem Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters erfolgt, so muß die erhöhte Rente nach einem Jahresarbeitsverdienst von 840.000 M. und falls die Festsetzung nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters geschah, nach einem Jahresarbeitsverdienst von 504.000 M. berechnet werden.

Die Ruzugabe dieses angemessenen Arbeitsverdienstes für Jugendliche bis zu 16 Jahren auf 60 Prozent und für Jugendliche von 16-21 Jahren auf 80 Prozent bleibt nach wie vor bestehen. Als Rente gilt nur die ursprünglich festgesetzte Rente. Der Unterschied in dem Betrage zwischen der ursprünglich festgesetzten Rente und der nach dem neu angenommenen Jahresarbeitsverdienst errechneten auf die Zulage. Die erhöhten Zulagen werden für die Zeit nach dem 31. Dezember 1922 gewährt.

Internationale Handelskammer.

Das Generalkomitee des Internationalen Bergarbeiterbundes tagte am 17. Februar in Amsterdam. Vertreter waren für England: Godges, Smith, Walsh, Koberstein; für Deutschland: Gusemann und Limberg; für Holland: Van der Bilt; für Belgien: Dujardin; für Frankreich: Bannuel.

Die Konferenz nahm einen Bericht der deutschen Delegierten über die Lage im Ruhrgebiet und an der Saar entgegen. Aus den Berichten der anderen Delegationen ergab sich, daß die Protestbewegungen gegen die Ruhrbesetzung fortgeführt wird, auch in den verschiedenen Parlamenten. Materielle Unterstützung in erheblichem Umfang ist aus Holland und England gewährt worden. Die Streiks in Belgien und Frankreich tragen wie bei der Saar einen wirtschaftlichen Charakter, die Frage eines internationalen Generalstreiks von 21 Stunden, für den sich Deutschland erklärt hatte, wenn auch in den anderen Ländern die Garantie für seine Durchführung gegeben sei, ist noch nicht weiter gekommen. Auch Hilfe anderer Art für die Ruhr, etwa die Abfertigung Frankreichs von englischer Seite, konnte nicht vereinbart werden. Die Konferenz schloß deshalb ihr Ergebnis in einer Entschließung zusammen, in der es heißt:

Die Bergarbeiterinternationale schließt sich erneut den Protesten gegen die Okkupation an, die von den Arbeiterorganisationen aller Länder erhoben worden sind, und spricht den Wunsch aus, daß alle Organisationen die intensive Kampagne in allen Ländern fortsetzen, damit der Völkerverbund sich der Lösung des Problems beauftragt; wird im Einverständnis und in Zusammenarbeit mit Amerika, Deutschland und allen anderen beteiligten Nationen.

Die deutschen Vertreter hätten einem einfachen Appell an den Völkerverbund nicht zustimmen können, da dieser Völkerverbund keine Einheit Gleichberechtigter darstellt, wie wir sie für die Lösung der Streitfrage fordern müssen. Erst die Einseitigkeit: Amerikas, Deutschlands und aller anderen beteiligten Nationen machte ihnen die Zustimmung möglich.



Gewerkschaftsdisziplin.

Der Vorstand des Allrussischen Gewerkschaftsbundes hat im Februar 1922 folgende Richtlinien aufgestellt: „Um den Lohnkampf nicht in einen wilden Kampf ausarten zu lassen, müssen wir ihn unter Leitung der Gewerkschaften führen... wir müssen die strengste Disziplin einführen... man muß auf Disziplin achten...“

„Die Gewerkschaft ist verpflichtet, auf jede Störung des Produktionsprozesses schnell zu reagieren. Sie muß bestrebt sein, jeden Konflikt durch Verständigung oder durch Schiedsspruch möglichst schmerzlos und rasch zu erledigen, ohne es auf einen Streik ankommen zu lassen.“

Kameraden, merkt euch diese Worte und haltet sie jedem „wildem Mann“, der sich gegen die Verbandsdisziplin auflehnt, unter die Nase. Auch den „Nachern“ wilder Streiks müssen diese Zitate aus den Richtlinien der kommunistischen russischen Gewerkschaften vorgelesen werden. Was die Kommunisten von den Arbeitern verlangen, dürfen wohl auch die freien Gewerkschaften von ihren Mitgliedern verlangen, ohne neue Verschönerungen von den „Radikalen“ zu ernten.

Selbstmord auf der Zeche Bergmannsgrub.

Am 21. Februar, nachmittags 1.30 Uhr, ist bei der Ausfahrt der Zeche Bergmannsgrub bei Buer im Schacht I infolge Uebertreibens der mit 30 Personen besetzte Förderkorb gegen die Seilseile gezogen worden. Dabei ist das Förderseil gerissen, der Korb aber in den Fangläuren unter den Seilseilen aufgefangen worden.

Von den auf dem Förderkorbe befindlichen Personen sind 29 verletzt worden, darunter nach den bisherigen Ermittlungen zwei schwer. Die Verletzten befinden sich im Krankenhaus. Der niedergeliegende Förderkorb war nicht beachtet.

Die Ursache des Uebertreibens ist noch nicht geklärt. Die behördliche Untersuchung ist im Gange.

Kameraden, macht's nach!

Ein rühmliches Verbandsmitglied und eifriger Funktionär ist der Vertrauensmann Julius Boris der Zahlstelle Barmen. Während seiner Tätigkeit als Vertrauensmann vom 1. August 1922 bis zum 8. Februar 1923 hat derselbe 101 Mitglieder dem Verbands beigeführt. Die Zahlstelle Barmen, die seit drei Jahren besteht, hat im Jahre 1922 eine Mitgliederzunahme von 70 Prozent aufzuweisen. Wir wünschen unserem Kameraden Boris in seiner weiteren Tätigkeit für den Verband besten Erfolg, damit die Zahlstelle Barmen am Schluß des Jahres 1923 dieselbe Zunahme oder eine noch höhere zu verzeichnen hat. Auch soll an dieser Stelle der von den übrigen Funktionären der Zahlstelle Barmen dem Vertrauensmann zuteil gewordene Unterstützung gebadet werden. Wir wünschen, daß sie auch im laufenden Jahre nicht erlahmen. Nur durch das Zusammenstreben aller Kameraden in den einzelnen Zahlstellen ist ein Erfolg für die Organisation möglich. Aus Dankbarkeit geht hervor, daß dort, wo gemeinsame ernsthafte Gewerkschaftsarbeit geleistet wird, die von Erfolg gekrönt ist.

Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Jahreskonferenz des Bezirks Zwickau und Blauenhofer Grund.

Am 19. Februar tagte in Zwickau die Jahreskonferenz unseres Verbandsbezirks. Dem vorgelegten gedruckten Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Das Berichtsjahr zeigt eine Stabilisierung des Mitgliederbestandes. Die Mitgliederzahl betrug am 31. Dezember 1921 15.555, am 31. März 1922 15.720, am 30. Juni 15.240, am 30. September 15.382 und am 31. Dezember 15.292. Wie am Jahreschluß war unsere Mitgliederzahl nur um 163 geringer wie zu Jahresbeginn. Die Gesamtbeitragskraft beträgt hier nicht ganz 18.000. Da die anderen freien Gewerkschaften und auch die Christen noch zusammen einige Tausend Mitglieder aufweisen, so bleibt der Prozentsatz der Unorganisierten bzw. Unionisten sehr gering. Die Union gibt hier 6000 Mitglieder an, die aber auf dem Mond leben müssen. Die Bezirksleitung hat an 60 Lohnverhandlungen und 197 Versammlungen bzw. Konferenzen usw. teilgenommen. Außerdem fanden 501 Mitgliederversammlungen und 398 Sitzungen statt. Die Ausgaben für Porto betrugen 11.431 M.

Auf Inappropiateffektivem Gebiete hat die Bezirksleitung viel Arbeit geleistet. Durch Zusammenarbeit mit unseren Anapropiateffektivsten sind manche Verbesserungen erkämpft worden, die aus Raumrücksichten nicht angestrebt werden können. — Die im Berichtsjahr stattgefundenen Betriebsratwahlen brachten unserem Verbands 31 Betriebsräte, während die anderen freien Gewerkschaften noch 10 Mandate erhielten. Die „starke“ Union mußte sich mit 16 begnügen. Ueber die Tätigkeit der Stillschreiberkontrollen, jener vier Kameraden, die seit Dezember 1921 bei den sächsischen Berginspektionen angestellt sind, können wir erstmalig berichten. Leider haben uns nur drei von den vier Kontrollen über ihre Tätigkeit in ihrem ersten Dienstjahre berichtet. Diese drei Kontrollen (Beiräte) haben bis Ende 1922 zusammen 708 Befragungen unter und über Lage vorgenommen. Im allgemeinen bezeichnen sie das Verhältnis zwischen sich und den Werksleitungen und den Belegschaften als gut, nur einer klagt über mangelndes Verständnis für den Wert der Beiräte bei den Belegschaften und hält noch eine Aufklärung für notwendig. Die drei berichtenden Beiräte haben außer ihren oben angegebenen Befragungen an 92 Unfällen teil-

genommen. Ihre vielfachen Anregungen zur Abstellung von Verunsicherungen und Unzufriedenheiten wurden im großen und ganzen von den Werksleitungen und einzelnen Werksbeamten beachtet und befolgt.

Im Berichtsjahr haben wir auch wieder einige wilde Streikputzungen erlebt. Diese sind ein betrübendes Zeichen mangelnder gewerkschaftlicher Schulung und Disziplinierung der daran teilnehmenden Arbeiter. Sie entstehen in der Regel blickartig aus einem an sich zwar begreiflichen Unwillen über mangelnde Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Aber so schnell sie entstehen, brechen sie auch zusammen. Statt Nutzen haben die daran teilnehmenden Arbeiter stets bedeutenden Schaden durch Verlust des Arbeitslohnes. Warnungen und Ermahnungen verständig überlebensameraden aber gar Verbandsanzustreifer werden in den Wind geschlagen, diese werden als Lumpen, Verräter, Kapitalstrolche und was der ahnlichen schönen Dinge mehr sind, bezeichnet und nicht angehört. Diese Leute, denen die Gewerkschaftsbeiträge angeblich zu hoch sind, zittern ohne Ueberlegung alle Augenblicke völlig nutzlose Streikputzungen an und operieren dadurch ein vielfaches Mehr in Form von Arbeitslohnverlusten, als sie an Gewerkschaftsbeiträgen zu zahlen hätten. Viele unserer Verbandsmitglieder, die zwar die Sinnlosigkeit solcher Streikputzungen einsehen, wehren sich aber leider meistens nicht energisch dagegen, sondern lassen sich still knurrend und schimpfend in Mit-eiden dastellen.

Die Klassenverbände schlossen sich wie folgt: Die Einnahme an Beiträgen usw. betrug 16.077.623 M. An Ausgaben wurden geleistet: Die Hauptkasse erhielt 12.666.597 M. In den Zahlstellen blieben an Ortsvergütungen 2.072.482 M. Die Bezirksvergütung betrug 197.108 M. An Unterabteilungen wurden 607.413 M. gezahlt. Die Vergütung im Bezirk betrug 34.022 M. Die Gesamtausgaben betrugen 16.077.623 M. Die Bezirkskasse hatte, einschließlich eines Vermögensbestandes von 233.150 M. am 1. Januar 1922, eine Gesamteinnahme von 3.031.286 M. und eine Gesamtausgabe in gleicher Höhe einschließlich eines Kassensaldos von 57.805 M. am Ende des Jahres. Am 31. Dezember 1922 hatte die Bezirkskasse einen Vermögensbestand von 800.100 M., also einen Vermögenszuwachs von 567.033 M. Die Ortskassen der Zahlstellen verfügen über ein Gesamtvermögen von zusammen 269.669,89 M.

Der Bezirksrat wurde von der Konferenz einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und ihr Einsetzung erteilt. Fr. L.

Polnisch-Oberschlesien.

Lohnverhandlungen in Polnisch-Oberschlesien.

Am 16. Februar fanden erneute Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft mit dem Arbeitgeberverband statt, welche resultatlos verliefen. Die Arbeiterorganisationen forderten eine 53prozentige Lohnaufbesserung auf die Januarlohne. Die Unternehmer lehnten dieses Verlangen rundweg ab mit der Begründung, daß die Lebensmittelpreise sowie der Dollarkurs gesunken seien, die Eisen- und Kohlenpreise den Weltmarktpreis erreicht bzw. überschritten hätten. Rame eine beschleunigte Lohn-erhöhung zustande, so würde die ober-schlesische Industrie stark bedroht und vor dem Ruin stehen.

Da eine Einigung nicht zu erzielen war, wurde das Schiedsgericht angerufen, welches am 17. Februar tagte. — Es fällt folgenden Schiedsspruch:

„Die ab 1. Februar 1923 vereinbarten Löhne bleiben bis zum 28. Februar 1923 bestehen. Sie können mit fünfzigtägiger Frist geändert werden, erstmalig zum 1. März 1923.“

Bei Eintritt einer wesentlichen Entwertung der deutschen Reichsmark kann eine jederzeitige Kündigung mit dreißigtägiger Frist erfolgen.“

Die Arbeitgeber jammern immer über die Bedungsfrage. Bei der freien Marktwirtschaft haben sie ein gutes Geschäft gemacht. Der Lohn eines Facharbeiters in Gruppe C ist seit dem 1. Juli 1922 bis zum 5. Februar 1923 um das 56fache gestiegen, die Kohlenpreise in derselben Zeit aber um das 94fache. Darum ist zu erwarten, daß das Kohlengeschäft bei unseren Unternehmern ein sehr rentables ist.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 9. Woche (vom 25. Februar bis 3. März) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Auf Antrag der Zahlstelle Ebersberg und der Bezirksleitung Saarbrücken wird das in Nr. 33 vom 18. August 1921 in der „Bergarbeiter-Zeitung“ wegen Mißverständnisses und Nichtbeachtung der Generalversammlungsbeschlüsse aus dem Verbands ausgeschlossene Mitglied Johann Barth (Nr. 268.882), nachdem dieser schriftlich erklärt hat, in Zukunft die Bestimmungen des Verbandsrats sowie die Beschlüsse der Verbandsinstanzen und der Generalversammlung zu beachten und danach zu handeln, hiermit wieder in seine alten Rechte eingesetzt.

Bezirk Nordhausen. Die in Nr. 51 unserer Zeitung ausgeschriebene Stelle eines Bureauassistenten ist besetzt. Wir sprechen allen Kameraden an dieser Stelle unseren besten Dank aus. Die Bezirksleitung.

Bibliothek.

Fulda. Die Bibliothek befindet sich beim Kameraden Wilhelm Schorn, Humboldtstr., wofür die ausgeliehenen Bücher sofort abgegeben werden müssen. Die Bezirksleitung.

Kontingenzabzahlung.

Ramen III. Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat beim Kassierer Heinrich Kennert, Süblamen, Torffstr. 28c. Harnesgasse. Jeden Sonntag beim Kassierer Hermann Gärtner, Gartenstr. 5.

Rechtshilfe.

Glücksd. Ab 9. März jeden Freitag 8 bis 12 Uhr vorm. und 2 bis 6 Uhr nachm. und jeden Samstag von 8 bis 12 Uhr vorm. — In Herberich-Dorsten fällt die Rechtshilfeauszahlung aus. Die Rechtshilfesuchenden müssen ihre Angelegenheiten in Glücksd. erledigen.

Durch H. Hansmann & Co., Bochum, zu beziehen:
Jahrbuch 1921. Grundzahl 2,00 Mark.
Meine Seele singt. Gedichte von Viktor Kainowski. Grundzahl 0,40 Mark.
Was die Ruhr mir sang. Gedichte von Heinrich Kämpchen. Grundzahl 0,30 Mark.
 Veränderliche Schlüsselzahl im Buchhandel zurzeit 1400, für Mitglieder 700.
 Der Verkaufspreis ist Grundzahl mal Schlüsselzahl.